

Wohnen statt Kanonen

Rüstung wird durch Sozialkürzungen finanziert

Anne Rieger



Anne Rieger,
Österreich,
Psychologin, ehem.
IG Metall-Bevoll-
mächtigte, Kasseler
Friedensrat-
schlag, KPÖ Graz,
Mitherausgeberin
Marxistische
Blätter

Im Wahlkampf hatte Olaf Scholz 100.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr versprochen¹, 2023 wurden es nur die Hälfte. Das Bündnis »Soziales Wohnen« forderte daraufhin einen Akutplan von 12,5 Milliarden für 2023². Stattdessen stellte die Regierung aber nur 3,15 Mrd. Euro zur Verfügung³. Und das, obwohl aktuell 910.000 Sozialwohnungen fehlen. Das gab das Pestel-Institut bekannt und fordert ein Sonderbudget von 50 Mrd. Euro⁴. Das ist dringend notwendig, denn die Anzahl der Sozialwohnungen wurde verringert.

2024 bis 2027 waren 18,15 Milliarden für Sozialwohnungen vorgesehen und im Finanzplan festgeschrieben. Das war etwas mehr als 4,5 Milliarden pro Jahr. Jetzt prahlt Scholz, dass bis 2028 »mehr als 20 Milliarden ausgegeben« werden. Das ist pro Jahr weniger als bisher geplant. Mit »über 20 Milliarden« meint Scholz nämlich jene 21,5 Milliarden Euro, die im Beschlusspapieren der Ampel stehen. 21,5 Milliarden sind aber nur 3,35 Mrd. Euro pro Jahr bis 2028, und nicht 4,5 Milliarden pro Jahr wie bis 2027 versprochen⁵. So wird Summe und Zeitraum so vergrößert, dass am Schluss der Jahresetat gekürzt ist. Taschenspielertrick!

Beim Sozialen Wohnungsbau wird kontinuierlich gekürzt. Anders entscheidet die Regierung bei der Rüstung. Nur 3,35 Mrd. Euro für das Menschenrecht auf Wohnen, aber 90,6 Mrd. Euro für Rüstung und Militär. Die Milliarden für die Aktionäre der Rüstungskonzerne setzen sich zusammen aus dem »reinen« Verteidigungshaushalt von 52 Mrd., plus 20 Mrd. aus dem sogenannten Sondervermögen – also Rüstungskredite – der Rest ist nach NATO-Kriterien geschätzt.

Gemessen am Gesamtbundshaushalt von 476 Mrd. Euro sind das 19 Prozent. Doch damit nicht genug. Nächstes Jahr wird draufgelegt: 53,25 Mrd. Euro für den »puren« Verteidigungshaushalt, also 1,3 Mrd. mehr als in diesem Jahr. Obendrauf kommen wieder 22 Mrd. Euro aus dem

Wohnen

Militär

- 1 <https://demo-online.de/aktuelles/koalitionsvertrag-das-plant-die-ampel-fuer-wohnen-und-staedtebau>.
- 2 <https://www.fr.de/wirtschaft/turbo-fuer-sozialwohnungen-91763864.html>.
- 3 <https://www.boerse-express.com/news/articles/20-milliarden-euro-fuer-wohonzuschuesse-bruchteil-fuer-sozialwohnungen-626195>.
- 4 <https://www.merkur.de/wirtschaft/sozialwohnungen-ampel-koalition-wohnungsbau-klara-geywitz-zr-93086542.html>.
- 5 <https://www.jacobin.de/artikel/olaf-scholz-haushalt-sozialer-wohnungs>.

schuldenfinanzierten Sondervermögen sowie vier Milliarden für Waffen-geschenke an die Ukraine. Die Gelder für die verkündete Stationierung neuer weitreichender US-amerikanischer Hyperschall-Raketen und Marschflugkörper ab 2026 sind noch nicht eingerechnet. Über die Kosten für die deutschen Steuerzahler:innen spricht man in Regierungskreisen nicht öffentlich. Auch die Stationierungsorte, die naturgemäß zur militärischen Zielscheibe werden, lässt man die Menschen nur spekulieren. Sicher ist aber, dass die Mordssysteme, die die Menschen in Moskau und Sankt Petersburg erreichen können, unter Kontrolle der US-Armee verbleiben.

Nun ist der Rüstungshaushalt nicht unterfinanziert. Schaut man sich die Entwicklung seit 2014 an, so ist er von 34,7 Mrd. um das bald dreifache erhöht worden. Hinzu kommt der Anteil der Bundesrepublik an den Militärausgaben aus dem EU-Budget, der aus dem »Allgemeinen Haushalt« des Bundes finanziert wird. Das ist nach Artikel 41(2) des EU-Vertrags verboten. Deshalb stehen verschiedene Rüstungsausgaben getarnt im EU-Haushalt. Von 2021–2027 sind das 38 Mrd. Euro. Davon zahlt Deutschland in der Regel 25 Prozent. U. a. handelt es sich um 15 Mrd. Euro für militärrelevante Weltraumprogramme, 1,7 Mrd. Euro für die »Militärische Mobilität« zur schnellen Truppenverlegung, acht Mrd. Euro für den EU-Verteidigungsfonds EVF zur Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern und 1,5 Mrd. Euro, die angeblich Industriepolitik seien. Die »Europäische Friedensfazilität« (EFF) erhält 12 Mrd. Euro. Das ist ein »haushaltsexternes Budget«, vorgesehen beispielsweise für militärische Ausrüstung wie Kleinwaffen und Munition für Partnerländer, schreibt Wikipedia. Übersetzt heißt das, zur Finanzierung von EU-Militäreinsätzen und Waffenlieferungen (v. a. an die Ukraine).

Bis 2027 fordert EU-Außenbeauftragter Borrell über die »Friedensfazilität« weitere 20 Mrd. Euro für Waffen an die Ukraine. Doch damit nicht genug. Nun wollen die »Minister Habeck und Pistorius auch Deutschlands Rüstungsindustrie fit machen« (siehe Artikel von Jürgen Wagner in dieser Ausgabe).

Kürzungen

Während die große Mehrheit der Menschen damit beschäftigt ist, hohe Mieten, teure Lebensmittel, Pflegenotstand, explodierende Energiepreise, Sozialabbau, besonders in der Daseinsvorsorge, zu bewältigen, während sie auf die versprochene Kindergrundsicherung wartet und ungeduldig der nächsten Tarifierhöhung entgegen sieht, führen die Chefs der Ampelparteien ein Schauspiel mit Haushalts-Tricksereien vor. Das Einzige, worüber sie nicht streiten ist die Erhöhung der Rüstungs-, Militär- und Kriegsausgaben. Trotz Schuldenbremse ist offensichtlich Geld für die Entwicklung und den Bau von Mordswerkzeugen und die Aktionäre der Rüstungskonzerne vorhanden. Wo kommt es her? Vor allem aus dem Sozialetat, so FDP-Finanzminister Lindner im Juni. Die oben beschriebenen gekürzten Gelder beim Sozialen Wohnungsbau sind



**15.000 neue
Gemeinde-
wohnungen**

oder



**225 Pandur-
Radpanzer?**

Beides kostet 1,8 Milliarden Euro.



**1 Lehrkraft
für ein Jahr**

oder



**1 Eurofighter-
Flugstunde?**

Beides kostet 60.000 Euro.



**25 neue
Spitäler**

oder



**Sky Shield-
Raketen?**

Beides kostet 6 Milliarden Euro.

GELD FÜRS LEBEN
statt fürs Sterben!

KPO

ein Startsignal dafür, wie und wer in Zukunft die Erhöhung der Militärausgaben bezahlen soll.

Bei Bildung, Gesundheit und Infrastruktur wird schon jetzt offensiv geknausert. Denn bereits 2024 haben die Ministerien Bildung (21,5), Gesundheit (16,7), Entwicklung (11,2), Wirtschaft & Klima (11,1), Wohnen (6,7), Auswärtiges (6,7) und Umwelt (2,4) alle zusammen 13 Mrd. Euro weniger als das Militär erhalten. Und bei den Krankenkassen fehlen noch 9 Mrd. Euro, die die Versicherten zahlen müssen.

Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes, in Bildung, Wohnen, Gesundheit werden schon lange angemahnt. Erst kürzlich forderten das gewerkschaftsnahe »Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung« (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung und das unternehmernahe »Institut der deutschen Wirtschaft« (IW) 600 Mrd. Euro staatliche Extra-Investitionen. Zehn Jahre lang müssten je 10 Mrd. Euro für die Infrastruktur unseres Landes ausgegeben werden. Gefordert werden u. a. 177 Mrd. Euro für die Kommunale Infrastruktur, 200 Mrd. für die Dekarbonisierung, 60 Mrd. für den Ausbau des Schienennetzes, 37 Mrd. für Sozialwohnungen, 28 Mrd. für den Ausbau des ÖPNV, sieben Mrd. für Ganztagschulen. Es ist völlig klar, der Schutz des Klimas und die Reduktion von Treibhausgasen können nur herbeigeführt werden, wenn – anstatt in Rüstung – in flächendeckend ausgebauten Nah- und Fernverkehr und eine gute öffentliche Energieinfrastruktur investiert wird.

Besonders deutlich war am Gezerre um die Kindergrundsicherung zu sehen, wer geschöpft werden soll. Die angeblich größte Sozialreform der Ampel ist in den Tiefen des heißen Krieges, den Scholz und seine Waffenbrüder mit Waffen- und Munitionslieferungen an die ukrainische Armee unterstützen, weggeschmolzen. Fünf Euro mehr Kindergeld. Das ist eine drastische Kürzung bei unseren Kindern, gemessen an der gestiegenen Inflationsrate der letzten Jahre. Versprochen war eine zweigeteilte Erhöhung, ein fixer Grundbetrag und eine einkommensabhängige Erhöhung. Jetzt gibt es magere fünf Euro mehr für alle, also auch für die, die kein Kindergeld brauchen. Aber die, die es brauchen gehen quasi leer aus, misst man es an der hohen Inflationsrate.

»Ein weiterer Schritt ist gegenwärtig nicht etatreif« torpedierte Finanzminister Lindner (FDP) die einkommensabhängige Komponente. Es dürften »nicht immer neue Subventionen, neue Sozialausgaben, neue Standards dazukommen.« Anfang des Jahres hatte er bereits ein dreijähriges Einfrieren der staatlichen Ausgaben für Renten und Sozialleistungen gefordert hat. Anders sei die zur Sicherung der Freiheit des Westens nötige Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht möglich. Im ARD-Sommerinterview unterstrich er, dass Deutschland das NATO-Ziel von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung bis in die dreißiger Jahre erfülle. Die FDP hat in den vergangenen Wochen ein Kürzungspapier präsentiert, in dem Steuersenkungen, eine Kürzung des Bürgergelds, ein Moratorium für Sozialleistungen, die Abschaffung der Rente mit 63 nach

45 Arbeitsjahren, eine Kürzung der Renten sowie weiteren Sozialabbau gefordert wurde.

Kanzler Scholz will die Ukraine mit allen verfügbaren Mitteln unterstützen. Auch er ist entschlossen, die Kosten des militärischen Projekts in Form von Sozialkürzungen auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Der Kanzler brüstete sich, dass Deutschland der größte Unterstützer der Ukraine in ganz Europa sei und nach den USA der zweitgrößte der Welt. Die bisher geleistete und zugesagte Waffenhilfe belaufe sich auf 28 Milliarden Euro. Er warf anderen europäischen Regierungen vor, nicht gleichzuziehen. Deutschland habe »Patriot-Luftabwehr-Systeme, Kampfpanzer, Mehrfach-Raketenwerfer, anderes schweres Gerät« geliefert, sagte er. »Leider gibt es längst noch nicht genügend Nachahmer.« Er sprach sich für die Einhaltung der Schuldenbremse im Haushalt für das kommende Jahr.⁶ Auch der Grüne Bundestagsabgeordnete Hofreiter hatte im ARD-Fernsehen ein weiteres 100-Milliarden-Euro-Paket für die Bundeswehr und die Unterstützung der Ukraine gefordert. Für den Etat des Entwicklungsministeriums sind dagegen für 2025 nur 10,3 Milliarden Euro vorgesehen, rund eine Milliarde weniger als im laufenden Haushaltsjahr.

All das ist nicht in Interesse arbeitender Menschen. Es ist im Interesse von Banken und Konzernen, die so billig an Ressourcen, Rohstoffe, Arbeitskräfte, Transportwege kommen um ihre Profite in Konkurrenz zu US-Konzernen zu erhalten bzw. zu erhöhen. Und die Regierenden sind deren willige Vollstrecker. Finanzminister Lindner: »Wir müssen uns von unrealistischen Wünschen verabschieden und die Konsolidierung des Haushalts vorantreiben. Dies erfordert Disziplin und Willenskraft.« Der mit ihm verbundene Kanzler erläuterte: »Die finanziellen Folgen des Ukrainekriegs spürt jeder von uns, die Kosten für Flüchtlinge, Waffenlieferungen und Aufbauhilfen. Wer sagt, das mache sich im Haushalt kaum bemerkbar, irrt.«

Der Sozialabbau ist dabei nur eine Front im Krieg gegen die Arbeiterklasse. Nachdem die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland nicht den gewünschten Erfolg hatten, werden deutsche Waffen in ukrainischer Hand schon lange gegen Russland eingesetzt, nun auch auf russischem Boden. Die britische Wochenzeitschrift *The Economist* veröffentlichte kürzlich: »Seit Jahren ist die Ordnung, die die Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg bestimmt hat, erodiert. Heute steht sie kurz vor dem Zusammenbruch. Eine besorgniserregende Anzahl von Auslösern könnte einen Abstieg in die Anarchie auslösen, in der Macht vor Recht geht und Krieg wieder das Mittel der Großmächte ist.« Und Frank Deppe analysiert ergänzend: »Die Regierungen der Nationalstaaten, die diesem westlichen Bündnis angehören, sind mit einem permanenten Krisenmanagement befasst, das aber bei wachsenden Teilen der Bevölkerung

Wer hat
welche
Interessen

6 <https://www.wsws.org/de/articles/2024/05/17/scho-m17.html>.

als erfolglos angesehen wird und insofern zu Instabilitäten im politischen System führt. Die finden ihren Ausdruck vor allem im Anwachsen der neofaschistischen oder rechtspopulistischen politischen Kräfte⁷. Man könnte befürchten, dass die Krise so enorm ist, dass die Herrschenden, wie vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, keinen andern Ausweg suchen – außer Krieg nach außen und nach innen.

Was ist zu tun?

Wir werden täglich mit Nachrichten in Angst, Sorge und Schrecken gehalten. Scheinbar ohnmächtig sollen wir zuschauen, was die herrschenden Klassen tun. Ziemlich erfolgreich werden wir zugleich abgelenkt nicht nur durch die Trickserien der Ampel-Regierung.

Unsere schwierige Aufgabe ist es, Zusammenhänge zu analysieren, darüber aufzuklären, Forderungen im Interesse der Mehrheit zu stellen, Mut zu machen, zu mobilisieren und im Kampf gegen die Klasse der Herrschenden voranzugehen, ohne die geschundenen und teils ratlosen, hoffnungslosen Menschen zu verlieren, gar an die neofaschistischen rechtsextremen Kräfte.

Den Zusammenhang zwischen Aufrüstung, der wachsenden Bereitschaft der Regierenden militärische Gewalt anzuwenden und dem Sozialabbau muss immer wieder deutlich werden. »Und so, wie wir es als Aufgabe demokratischer Bewegungen ansehen, in Krisenperioden den Übergang zum Faschismus und zur Diktatur zu verhindern, sehe ich eine andere zentrale Aufgabe darin, auch innenpolitisch die Kräfteverhältnisse so zu beeinflussen, dass diese Eskalation zu einem Großmachtkrieg verhindert wird«. Frank Deppe hält das für eine der ganz zentralen Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Dass das alles nur mit organisierten Kräften gegen das hochorganisierte – wenn auch nicht immer einige Kapital geht, gehört zur Aufklärungsarbeit.

Widerstand:
Soziales
rauf –
Rüstung
runter

Es ist ein Lichtblick, dass die Gewerkschaften ver.di und GEW noch vor den Haushaltsberatungen im November Widerstand leisten wollen. Unter dem Motto »Soziales rauf – Rüstung runter« rufen sie am 12. Oktober zur Demonstration nach München auf. Im Aufruf heißt es: »Für Frieden, Klimaschutz und Milliardeninvestitionen in ein gutes Leben für alle – statt Hochrüstung, Militarisierung und soziale Spaltung. Superreiche zur Kasse – Stoppt den Rechtsruck«.

Bedeutsam ist, dass sie es nicht allein tun wollen. Ausdrücklich haben sie Unterstützer:innen aus Initiativen für Frieden, Soziales, Frauen, Gleichstellung, Care, Pflege, Gesundheit, Jugend, Bildung, Kultur, Rente, Grundsicherung, Mieterschutz, Klimaschutz, Integration, Asyl, Geflüchtete, Migration sowie gegen Rechts(extreme) und Aktive aus weiteren bayerischen Orten und Baden-Württemberg aufgerufen,

7 <https://www.jacobin.de/artikel/krieg-blockkonfrontation-russland-china-frank-deppe>.

mit ihren Anliegen mit dabei zu sein. Damit sind die Menschen in den verschiedenen Initiativen aufgerufen, gemeinsam, mit Teilen der organisierten Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, gegen die Verursacher dieser Krise zu demonstrieren. Verbindet man den Aufrufertext und die Inhalte der aufgerufenen Initiativen, so ergibt sich zusammen eine umfassende Beschreibung der kapitalistischen Krise, unter der die Mehrheit der Menschen leidet.

Alle, die spüren, die wissen und sagen: »So kann es nicht weitergehen«, müssen aufstehen. Es muss gegen den Kern des kapitalistischen Projekts gehen, gegen die private Verfügung über die entscheidenden Produktionsmittel und über die Infrastruktur der Daseinsvorsorge. Über die Eigentumsfrage und ihre Auswirkungen muss aufgeklärt und mobilisiert werden. Um die – im Kapitalismus notwendige ständige Profitmaximierung – aufrecht zu erhalten, ist brutale, zerstörerische Konkurrenz der Eigner der wesentlichen Produktionsmittel unabdingbar, innerhalb eines Staates und zwischen den Staaten. Dieser Konkurrenzkampf wird nicht nur ökonomisch, sondern auch militärisch geführt. Da sich Teile des deutschen Kapitals ökonomisch nicht mehr durchsetzen können, will der politische Ausschuss der Herrschenden, die deutsche Regierung, schon mal 20 Prozent des Budgets für Rüstung und Krieg zur Verfügung stellen. Diesen Kurs müssen wir stoppen.

Rüstungsproduktion bedeutet Krieg und fehlende Ressourcen für zivile Produktion und Daseinsvorsorge. Die Folge sind nicht nur die fehlende Infrastruktur sondern Arbeitsplätze in beiden Bereichen werden gestrichen. Das 100-Milliarden-Programm fürs Militär zeigt, wie viel Geld den zivilen Bereichen durch Rüstung entzogen wird. Es muss rückabgewickelt werden. Die Rüstungskonzerne dürfen nicht »fit« gemacht, sondern sie müssen enteignet und die Rüstungsproduktion kontinuierlich zurückgefahren werden. Es braucht Sonderprogramme für Gesundheit, Pflege, Bildung, Verkehr. Die Energie- und Lebensmittelpreise, die Mieten müssen reduziert und gedeckelt werden.

Es braucht 250.000 Sozialwohnungen pro Jahr, so die Linkspartei. Der Staat müsse Wohnungen aufkaufen und neue bezahlbare Wohnungen bauen. Öffentlich geförderte Wohnungen müssen dauerhaft sozialgebunden bleiben, und nicht von Mietern privatisiert werden. Insgesamt braucht es einen Privatisierungsstopp und Rückführung von privatisierten Kliniken und Pflegeeinrichtungen in nicht profitorientierte Trägerschaft. Überschüsse müssen wieder ins Gesundheitswesen zurückfließen.

Die Gewerkschaften ver.di und GEW geben am 12. Oktober ein bundesweites wichtiges Signal mit der Demo »Soziales rauf – Rüstung runter«. Gute Vorbilder sind Arbeiter:innen in der EU die mit Hafengebarden gegen Rüstungsexporte vorgehen. Das Camp mit den Aktionstagen in Kiel im September: »Rheinmetall Entwaffnen« macht Mut. Ebenso

Forderungen

Ermutigungen

der Aufruf von rund 90 Fanclubs von Borussia Dortmund, im Stadion dagegen zu protestieren, dass die sich Verantwortlichen des BVB mit ihrem Rheinmetall-Werbevertrag »dazu bereit erklärt haben, die Strahlkraft von Borussia Dortmund dafür einzusetzen, das öffentliche Ansehen eines Rüstungskonzerns zu verbessern«. (Siehe auch »Einwurf von links« in MBI 3_2024, S. 3) Im Aufruf zur Großdemonstration der Friedensbewegung am 3. Oktober in Berlin »Nein zu Krieg und Hochrüstung!« heißt es: »Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr.« In den gut besuchten gewerkschaftlichen Friedenskonferenzen in Hanau und Stuttgart wurden die Zusammenhänge zwischen Sozialabbau und Aufrüstung diskutiert. Die Verbindung der Tarifkämpfe von ver.di und IGM mit Aktionen der Friedensbewegung in Hanau sind ebenfalls ermutigende Schritte, die Schule machen können.

Die kommende Tarifeinmündersetzung im Öffentlichen Dienst kann genutzt werden um aufzuklären, wieviel die Beschäftigten den Herrschenden tatsächlich wert sind. Im vergangenen Jahr gab laut Zeitungsmeldungen die Regierung 16,8 Mrd. Euro für Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Das Tarifpaket der Bahn dass sie nicht zahlen wollten, hätte im Jahr dagegen »nur« 1,3 Mrd. Euro gekostet.

Es ist an der Zeit für bundesweite Proteste gegen Krieg und sozialen Niedergang.



GESUNDHEIT braucht POLITIK

Zeitschrift für eine soziale Medizin

Analyse und Debatte der Strukturen des Gesundheitswesens sowie sozialer und politischer Fragen von Gesundheit im weiteren Sinn.

Vier Hefte im Jahr; jeweils mit einem thematischen Schwerpunkt.

<https://www.vdaee.de/gesundheits-braucht-politik/>

Für unsere Redaktionsarbeit sind wir auf Abos und Spenden angewiesen.

Kontakt: redaktion_zeitschrift@vdaee.de

herausgegeben von: Verein demokratischer Arzt*innen und Solidarischen Gesundheitswesen e.V.

Weitere Informationen, ausgewählte Artikel und alte Ausgaben findet ihr auf unserer Webseite.

SOLIDARISCHES
GESUNDHEITSWESEN



verein
demokratischer
arzt*innen